Die Linke
Fraktion
Herne / Wanne-Eickel

Die Linke Fraktion Herne / Wanne-Eickel
Hauptstraße 181, 44652 Herne

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Sicherheit, Ordnung und Bevölkerungsschutz
Herr Christoph Bußmann
Über Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda
Postfach 101820
44621 Herne

Die Linke Fraktion
Herne / Wanne-Eickel

Hauptstraße 181
44652 Herne

Telefon: 02325 654051
fraktion@die-linke-herne.de
www.dielinke-herne.de

Herne, 30.09.2026

Anfrage: Demokratieförderung im Angesicht zunehmenden Rechtsextremismus

Sehr geehrter Herr Bußmann,

Die Linke Fraktion Herne/Wanne-Eickel bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Sicherheit und Ordnung zu nehmen.

Anfrage

Wir erleben gerade mit der AfD den Aufstieg einer gesichert rechtsextremistischen und demokratiefeindlichen Partei. Aufgestachelt durch diese Diskursverschiebung nach rechts erleben wir zeitgleich deutschlandweit einen Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten. Unsere Demokratie steht auf dem Spiel und dies verlangt das entschlossene Handeln aller, die sich zu ihr bekennen. Politik, Verwaltung und engagierte Zivilgesellschaft müssen hier Hand in Hand gehen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die mündliche und schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch waren die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in den letzten fünf Jahren (aufgeschlüsselt nach Kalenderjahr und Straftatbestände)? Gibt es bereits Zahlen für das Jahr 2025?

    i. Wie viele davon waren jeweils Gewaltdelikte?

2. Wie hoch sind die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel der Stadt Herne im Bereich Demokratieförderung?

    i. Welcher Anteil davon wird durch Fördermittel finanziert, und welcher Anteil stammt aus dem laufenden Haushalt?

    ii. Gibt es Mittel, die explizit zur Prävention von Rechtsextremismus oder für Ausstiegsmöglichkeiten aus der rechten Szene zur Verfügung stehen? Wenn keine

Die Linke
Fraktion
Herne / Wanne-Eickel

Mittel zur Verfügung stehen, wird geplant künftig, Mittel einzurichten? Wenn nein, warum?

3. Plant die Verwaltung angesichts der Zunahme rechtsextremer Bestrebungen eine Aufstockung der Mittel im Bereich Demokratieförderung? Wenn nein, warum nicht?

4. Wie sehen die aktuellen Entwicklungen der Fördermittellandschaft durch Land, Bund und EU zum Thema Demokratieförderung aus? Empfindet die Verwaltung das Angebot als ausreichend?

Mit freundlichen Grüßen,

Leonee Egger